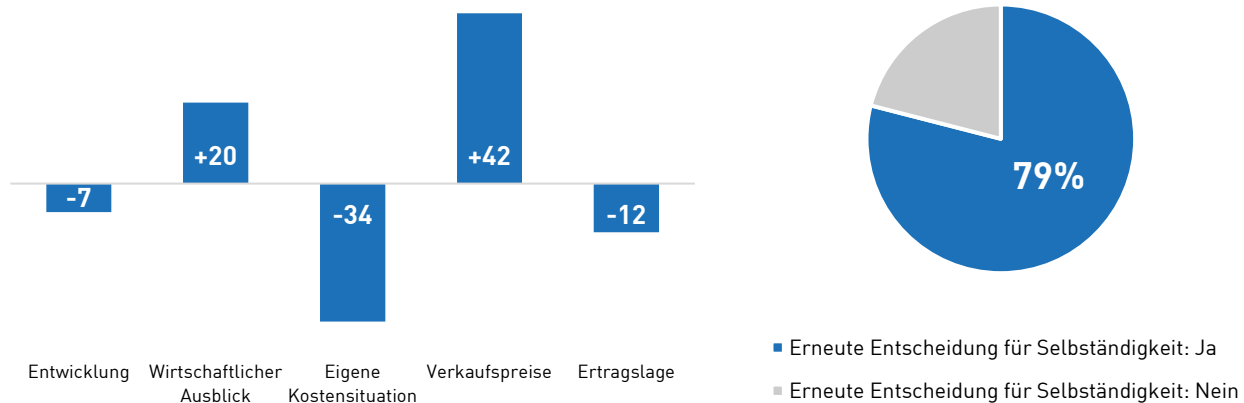


## EPU bleiben trotz schwierigerem Umfeld optimistisch

Die Gruppe der Ein-Personen-Unternehmen (EPU) haben sich in den vergangenen Jahren äußerst dynamisch entwickelt: Mittlerweile sind hierzulande etwas mehr als 350.000 Unternehmer:innen als Solo-Selbständige tätig. Das entspricht einem Anstieg um mehr als 32 % seit 2013. Auch, wenn sie in den unterschiedlichsten Tätigkeitsfeldern agieren, sind es oft ähnliche Themen, die sie bewegen, zeigt der neue [EPU-Stimmungsbarometer der WKÖ](#). So sagen 80 % der EPU, trotz schwieriger Rahmenbedingungen würden sie den Schritt in die Selbständigkeit wieder wagen.

### 4 von 5 würden sich wieder selbständig machen



Quelle: [WKÖ EPU-Stimmungsbarometer](#) (Market), n=1.097. Positive und negative Antworten per Saldo (linke Grafik).

Und das, obwohl EPU die Entwicklung der vergangenen sechs Monate mehrheitlich negativ wahrnehmen: Während für 26 % der Befragten ein klarer Aufwärtstrend zu spüren war, meldet jedes dritte EPU rückläufige Entwicklungen (-7 per Saldo). Auch der Blick auf die zukünftige Kostensituation ist ähnlich getrübt: 4 von 10 Solo-Selbständigen gehen von einer verschlechterten Kostensituation aus, lediglich 10 % rechnen mit verbesserten Bedingungen bei Vorleistungen, Material oder Mieten. Etwas positiver sind die Erwartungen an die Ertragslage: ein Fünftel geht von einem besseren Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben aus. Fast die Hälfte der EPU wird ihre Verkaufspreise erhöhen, nur 4 % kalkulieren mit einer günstigeren Preisbildung für ihre Kunden. Trotz dieser angespannten Einschätzung der einzelnen Faktoren bleiben die EPU beim wirtschaftlichen Ausblick optimistisch: 43 % der Solo-Selbständigen sehen den kommenden Monaten mit Zuversicht entgegen (+20 per Saldo).

**FAZIT: Die heimischen EPU blicken trotz angespannter Lage mit Zuversicht in die Zukunft. Damit ihre positive Einstellung zum Unternehmertum nachhaltig gestärkt und ihnen der Rücken freigehalten wird, braucht es bessere Rahmenbedingungen für EPU. 3 von 4 fordern unter anderem die Anhebung der Grenze für Geringwertige Wirtschaftsgüter von 1.000 auf 1.500 Euro. 75 % sehen außerdem dringenden Handlungsbedarf in der Kleinunternehmerregelung und der Kleinunternehmer-Pauschalierung.**